

Region



Das umstrittene Wandbild im Schulhaus Wylergut: Die als rassistisch taxierten Darstellungen wurden 2020 von Unbekannten übermalt. Foto: Franziska Rothenbühler

Rassismusdebatte soll via Museum geführt werden

Wandbild Wylergut Der Verein «Das Wandbild muss weg!» erhält von der Stadt den Auftrag, das als rassistisch taxierte Alphabet im Schulhaus Wylergut ins Museum zu zügeln. Ist das Kunst?

Jürg Steiner

Die Idee hat vieles für sich. Das vom Denkmalschutz als erhaltenswert eingestufte, von den Künstlern Eugen Jordi und Emil Zbinden 1949 geschaffene Wandalphabet, das aus heutiger Sicht als rassistisch taxierte Darstellungen enthält, wird aus dem Schulhaus Wylergut entfernt und sorgfältig ins Bernische Historische Museum transportiert. Der ganze Prozess wird dokumentiert und begleitet, und im Museum könnte das Kunstwerk von Jordi und Zbinden, die beide zu Lebzeiten sozial engagiert waren, als visueller Ausgangspunkt für eine differenzierte Auseinandersetzung über Alltagsrassismus und Berns Verstrickungen in die Kolonialgeschichte dienen. An der Schule, wo das Bild heute hängt, wäre das nur beschränkt möglich.

So würde sich das Projekt im Idealfall wohl entwickeln, mit dem der Verein «Das Wandbild muss weg!» jetzt den Kunstwettbewerb gewann, den die Stadt Bern 2019 ausgeschrieben hatte. Die Stadt lud «transdisziplinäre Künstlerteams» dazu ein, Vorschläge zu entwickeln, wie man das rassistisch geprägte Werk kritisch und zeitgemäss einordnen könnte, ohne es zu verstecken.

Gegenstand der Diskussion ist das farbenprächtige Wandalphabet, in dem jedem Buchstaben ein Sinnbild zugeordnet ist. Beim Z ist es eine Ziege, beim T eine Taube, beim I findet man einen rothäutigen «Indianer». Bei C taucht ein gelbhäutiger Chinese auf. Und beim N sieht man einen



Fatima Moumouni, Vera Ryser und Bernhard Schär vom Verein «Das Wandbild muss weg!» Foto: Susanne Keller

Menschen mit schwarzer Hautfarbe, dargestellt als exotisch geschmückten Wilden. Das Wort, das damit verbunden wird, gilt heute als rassistisch. Der weisse Mensch, der diese Sicht auf die Welt geschaffen hat, kommt nirgends vor.

Im vergangenen Sommer trafen fünf Gruppen im Kornhausforum mit ihren Ideen zum Umgang mit dem Wandbild zur öffentlichen Präsentation vor der Fachjury an. Diese fiel danach zuhänden der städtischen Kommission für Kunst im öffentlichen Raum einen einstimmigen Entscheid – für «Das Wandbild muss weg!». Auf den ersten Blick erstaunlich, denn die anderen vier Projekte schlugen explizitere künstlerische Interventionen vor Ort vor.

Doch die Jury war gemäss ihrem Bericht sehr angetan von der «radikalen Idee», am heutigen Standort des Kunstwerks

durch dessen Entfernung «eine Leerstelle zu schaffen, die Denkgewohnheiten und gesellschaftliche Normen infrage stellt». Mal abgesehen davon, dass dem Projektteam prominente Figuren der öffentlichen Debatte über Alltagsrassismus – etwa die Spoken-Word-Künstlerin Fatima Moumouni oder der auf Kolonialgeschichte spezialisierte Historiker Bernhard Schär – angehören.

Historisches Museum

Ein paar Fragen hatte aber die Kommission für Kunst im öffentlichen Raum nach dem Juryentscheid doch noch. Sie verlangte vom Siegerprojektteam, dem neben Moumouni und Schär die Kuratorin Vera Ryser und die Grafikdesignerin Angela Wittwer angehören, zusätzlich einen finanziellen und technischen Machbarkeitsnachweis. Diese Abklärungen erbrachten etwa,

dass das Historische Museum in Bern tatsächlich Interesse an der Übernahme des umstrittenen Bildes signalisiert. Damit wollte die Stadt die Gefahr minimieren, dass sich das ausgewählte Projekt dann doch nicht realisieren lässt.

Nun kann der Verein mit dem von der Stadt gewährten Budget von 55'000 Franken loslegen – wobei jetzt schon klar ist, dass die Idee diesen Finanzrahmen sprengt. «Wir werden versuchen, mit Fundraising zusätzliche Geldquellen zu erschliessen», bestätigt Vera Ryser. Dass das Vorhaben, das Wandbild ins Museum zu transportieren, ins Geld gehen kann, zeigt sich schnell: Die Demontage etwa soll durch eine Masterarbeit an der Hochschule der Künste Bern konservatorisch und kunstgeschichtlich abgesichert werden.

Zudem plant der Verein die Produktion von Unterrichtsmaterialien, aber auch begleitende Workshops, ein Filmprojekt sowie eine vorübergehende Kunstinstallation an der künftigen Leerstelle im Schulhaus Wylergut. Wenn alles rundläuft, sollte die Übergabe des Alphabets ans Museum im ersten Halbjahr 2022 stattfinden.

Kunst? Kunst!

Doch nach dem unbestrittenen Start-Ziel-Sieg von «Das Wandbild muss weg!» im Kunstwettbewerb muss die Frage erlaubt sein: Was genau ist Kunst daran? «Wir haben einen weiten und offenen Kunstbegriff», sagt die Poetin Fatima Moumouni. Sie verweist darauf, dass sie alle – ob

künstlerisch oder wissenschaftlich – beruflich mit Rassismus- und Kolonialfragen befasst sind. Allein schon das biete Gewähr, dass ein Austausch zwischen Kunst und Gesellschaft herstelle.

Historiker Schär erwägt, den Umgang mit dem Wandbild in einer universitären Lehrveranstaltung zu thematisieren. Als Mitglied des Projektteams sieht er «unsere Rolle auch als Moderatorinnen und Moderatoren einer gesellschaftlichen Debatte». Im Moment wankten viele Gewissheiten, und es sei überhaupt nicht sicher, ob die mit der Entfernung des Wandbilds verbundene Auseinandersetzung genau so ablaufe, wie man sich das jetzt vielleicht vorstelle. Man müsse jederzeit bereit sein, auf überraschende Wendungen zu reagieren.

Wenn das keine Kunst ist.

Aktionswoche gegen Rassismus

Vom 20. bis zum 27. März findet die von der Stadt Bern 2011 lancierte Aktionswoche gegen Rassismus zum elften Mal statt. Unter dem Titel «Rassismus schliesst Türen. Öffnen wir sie» gilt der Fokus sogenannt struktureller Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Sprache, Religion oder Hautfarbe. Die über 40 Aktionen und Veranstaltungen finden online statt (berngegenrassismus.ch). Am Samstag, 20. März, um 11 Uhr stellt das siegreiche Projektteam das Vorhaben «Das Wandbild muss weg!» vor. (jsz)

Regierungsrat will Ölheizungen nicht mehr verbieten

Energiegesetz Die Berner Kantonsregierung nimmt einen neuen Anlauf für eine klimafreundliche Revision des Energiegesetzes. Auf ein Verbot von Ölheizungen soll verzichtet werden.

Die Klimaziele des Bundes sollen bei der Revision des Energiegesetzes «mit Anreizen statt Verbieten» erreicht werden, teilte der Regierungsrat gestern Freitag mit. Zentraler Punkt sei eine eigenständige Regelung im Gebäudebereich, damit der Kanton Bern die Mindestanforderungen des neuen CO₂-Gesetzes des Bundes erfüllt.

Dabei geht es auch um die Einführung der noch nicht umgesetzten Basismodule der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. Diese energetischen Bauvorschriften sind auf die Energiestrategie 2050 des Bundes abgestimmt.

Gegenüber der früheren Vorlage wird auf das umstrittene Verbot von Ölheizungen verzichtet. Auch sollen die Bauherrschaften bei Neubauten mehr Freiheiten erhalten, wie sie die Ziele der Energieeffizienz erreichen wollen. Insgesamt sollen

2019 wurde eine erste Vorlage zur Revision des Energiegesetzes nur knapp mit 50,6 Prozent verworfen.

die Anforderungen wesentlich vereinfacht werden. Zudem soll beim Bau neuer Parkplätze eine Ladestation für Elektrofahrzeuge eingeplant werden.

Grüne: «Ungenügend»

Das Berner Stimmvolk hatte 2019 eine erste Vorlage zur Revision des Energiegesetzes nur knapp mit 50,6 Prozent verworfen. Laut einer VOX-Nachanalyse war dies kein Veto gegen eine klimafreundliche Energiepolitik im Kanton Bern: Demnach wünschten 70 Prozent der Stimmberechtigten in der Nachbefragung eine neue Vorlage.

Als Sofortmassnahme zum Klimaschutz hatte die Berner Regierung in der Folge entschieden, die Zuschüsse für den Ersatz alter Ölheizungen zu verdoppeln. Das Kantonsparlament sprach sich zudem dafür aus, dass Hausbesitzer, die weiterhin auf Heizöl setzen, einen «Umweltbeitrag» von 4000 Franken zahlen sollen.

Am Freitag eröffnete die Regierung zur neuen Gesetzesrevision die Vernehmlassung. Diese soll in Form einer konferenziellen Anhörung stattfinden, zu deren Parteien und Organisationen am 23. März ins Berner Rathaus geladen werden. Die Frist für schriftliche Stellungnahmen läuft bis 31. März.

Aus Sicht der Grünen ist der Gesetzesvorschlag bei der Nutzung der Solarenergie «klar ungenügend», wie sie am Freitag mitteilten. Das Potenzial auf den Berner Hausdächern müsse besser genutzt werden. Die Partei hatte bereits im Februar die Lancierung einer entsprechenden Initiative angekündigt. (sda)